Geschäftsverzeichnissnr. 2024
Urteil Nr. 151/2001 vom 28. November 2001

URTEILSAUSZUG

In Sachen: Präjudizielle Frage in bezug auf Artikel 43 § 2 Absatz 6 a) des koordinierten Dekrets der Flämischen Region vom 22. Oktober 1996 über die Raumordnung, gestellt vom Staatsrat.

Der Schiedshof,

zusammengesetzt aus den Vorsitzenden A. Arts und M. Melchior, und den Richtern L. François, R. Henneuse, M. Bossuyt, A. Alen und J.-P. Moerman, unter Assistenz des Kanzlers L. Potoms, unter dem Vorsitz des Vorsitzenden A. Arts,

verkündet nach Beratung folgendes Urteil:

*

* *

I. *Gegenstand der präjudiziellen Frage*

In seinem Urteil Nr. 88.650 vom 6. Juli 2000 in Sachen der Ontex AG gegen die Flämische Region, dessen Ausfertigung am 9. August 2000 in der Kanzlei des Schiedshofes eingegangen ist, hat der Staatsrat folgende präjudizielle Frage gestellt:

« Verstößt Artikel 43 § 2 Absatz 6 a) des am 22. Oktober 1996 koordinierten Dekrets über die Raumordnung gegen die Artikel 10 und 11 der Verfassung, indem er dem beauftragten Beamten die Möglichkeit versagt, bei der Abgabe einer günstigen Stellungnahme von den Vorschriften des Sektorenplans abzuweichen, wenn der Antrag sich auf die Änderung - im Rahmen des bestehenden Bauvolumens - eines noch nicht errichteten Gebäudes, für das eine Baugenehmigung erteilt wurde, bezieht? »

(...)

IV. *In rechtlicher Beziehung*

(...)

B.1.1. Die präjudizielle Frage bezieht sich auf Artikel 43 § 2 Absatz 6 a) des koordinierten Dekrets der Flämischen Region vom 22. Oktober 1996 über die Raumordnung, der lautet:

« Bei der Abgabe einer günstigen Stellungnahme darf der beauftragte Beamte von den Vorschriften eines Sektorenplanentwurfs oder Sektorenplans abweichen, wenn der Antrag sich bezieht auf:

a) entweder - im Rahmen des bestehenden Bauvolumens - auf den Umbau, aber nicht den vollständigen Wiederaufbau, eines bestehenden Gebäudes, für das eine Baugenehmigung erteilt wurde. »

B.1.2. Der Staatsrat legt dem Hof die Frage vor, ob diese Bestimmung dadurch gegen die Artikel 10 und 11 der Verfassung verstößt, daß sie dem beauftragten Beamten die Möglichkeit versagt, bei der Abgabe einer günstigen Stellungnahme von den Vorschriften eines Sektorenplans abzuweichen, wenn der Bauantrag sich auf ein noch nicht errichtetes Gebäude, für das eine Baugenehmigung erteilt wurde, bezieht.

B.1.3. Der Hof beschränkt seine Untersuchung auf die Rechtsfrage, so wie sie aus der Formulierung der präjudiziellen Frage deutlich wird. Die durch die Dekrete vom 18. Mai 1999 und 26. April 2000 an der beanstandeten Bestimmung erfolgten Abänderungen müssen deshalb nicht berücksichtigt werden.

B.2.1. Die beanstandete Bestimmung muß innerhalb der Gesamtheit der Städtebauregelung, zu der sie gehört, beurteilt werden. Durch das Gesetz vom 29. März 1962 über die Organisation der Raumordnung und Städteplanung und die späteren Abänderungen wurde eine Raumordnung eingeführt, mit der die Zweckbestimmung der Grundstücke festgelegt wurde durch Raumordnungspläne, die bei der Erteilung der notwendigen städtebaulichen Genehmigungen ausschlaggebend sind. Ein mit den städtebaulichen Vorschriften nicht vereinbarer Antrag wird grundsätzlich nicht genehmigt.

B.2.2. Die Genehmigung der Raumordnungspläne führte dazu, daß etliche bestehende, von vor den Sektorenplänen stammende Gebäude nicht mehr der Bestimmung des Gebiets entsprachen, in dem sie gelegen waren. Um den Eigentümern die Möglichkeit zu bieten, ihr unter Einhaltung der geltenden Vorschriften errichtetes Gebäude zu erhalten und den veränderten Bedürfnissen anzupassen, und um die aufgrund des Verfalls auftretende Wertminderung aufzuhalten, wurde in aufeinanderfolgenden gesetzlichen Regelungen die Möglichkeit vorgesehen, an den « gebietsfremden » Gebäuden Umbau- und Vergrößerungsarbeiten vorzunehmen. Es handelte sich dabei stets um eine Ausnahmeregelung für bestehende Gebäude, die präzisen Voraussetzungen unterlag.

B.3.1. Laut Artikel 43 § 2 Absatz 6 a) des Dekrets vom 22. Oktober 1996 darf der bevollmächtigte Beamte nur unter der Bedingung von den Verordnungsvorschriften eines Sektorenplanentwurfs abweichen, daß der Antrag sich auf den Umbau - im Rahmen des bestehenden Bauvolumens - eines bestehenden Gebäudes bezieht, für das eine Baugenehmigung erteilt wurde, und nicht auf den vollständigen Wiederaufbau.

B.3.2. Sowohl aus dem Wortlaut als auch aus der Entstehungsgeschichte dieser Bestimmung geht eindeutig hervor, daß diese sich nur auf bestehende, tatsächlich errichtete Gebäude bezieht. Mit der Verabschiedung der beanstandeten Regelung durch das Dekret vom 13. Juli 1994 hat der Dekretgeber übrigens die Abweichungsmöglichkeiten für

« gebietsfremde » Gebäude einschränken wollen. Das Wesentliche der beanstandeten Bestimmung ist deshalb die Bedingung, daß es sich um bestehende Gebäude handeln muß, und diese Bedingung wird durch die unter B.2 dargelegten Zielsetzungen gerechtfertigt.

B.4. Die Erteilung einer Baugenehmigung für ein noch zu errichtendes Gebäude unterliegt der allgemeinen, in Artikel 42 des beanstandeten Dekrets enthaltenen Regelung. Ausgangspunkt dieser Regelung ist es, die Erteilung der Genehmigung grundsätzlich nur dann zu ermöglichen, wenn sie nicht im Widerspruch steht zu der planmäßigen Bestimmung des Gebiets.

B.5. Der Behandlungsunterschied zwischen einerseits dem Antragsteller, der eine Abweichung für ein bestehendes Gebäude, für das eine Baugenehmigung erteilt wurde, beantragt und demjenigen andererseits, der eine Baugenehmigung für ein noch zu errichtendes Gebäude beantragt, ergibt sich aus zwei gesetzlichen Bestimmungen, mit denen auf rechtmäßige Weise ein unterschiedliches Ziel verfolgt wird. Der beanstandete Behandlungsunterschied ist deshalb nicht diskriminierend.

B.6. Die präjudizielle Frage muß verneinend beantwortet werden.

Aus diesen Gründen:

Der Hof

erkennt für Recht:

Artikel 43 § 2 Absatz 6 a) des koordinierten Dekrets der Flämischen Region vom 22. Oktober 1996 über die Raumordnung verstößt nicht gegen die Artikel 10 und 11 der Verfassung.

Verkündet in niederländischer und französischer Sprache, gemäß Artikel 65 des Sondergesetzes vom 6. Januar 1989 über den Schiedshof, in der öffentlichen Sitzung vom 28. November 2001.

Der Kanzler,

Der Vorsitzende,

(gez.) L. Potoms

(gez.) A. Arts